

DER FRONT NATIONAL UND DIE REPUBLIK

EINE GESCHICHTE DES FRANZÖSISCHEN RECHTSRADIKALISMUS

Die radikale Rechte ist auf dem Vormarsch in Europa. In Frankreich ist der Front National (FN) im Begriff, die stärkste Partei zu werden. Wo kommt er her, wo will er hin und was ist die Reaktion der „Etablierten“? Der Versuch einer Einordnung.¹

Als Großindustrie und die ersten Supermärkte während der 50er Jahre zunehmend die Existenzgrundlage des französischen Einzelhandels und der Handwerker bedrohte, gründete der Drucker Pierre Poujade (1920–2003) 1953 die Union de Défense des Commerçants et Artisans (UDCA). Die UDCA erregte die Aufmerksamkeit von Sympathisant_innen der radikalen Rechten, indem sie in einem antisemitischen Diskurs das Steuersystem („Fiskalgestapo“) als ungerecht anklagte und sich gegen die Unabhängigkeit Algeriens engagierte. Im Jahr 1956 war die UDCA mit verblüffenden 52 Abgeordneten (11,6%) in der Assemblée Nationale der Vierten Republik vertreten.

Für die Heranbildung der französischen radikalen Rechten, insbesondere des FN ist die UDCA deshalb von enormer Bedeutung, weil hier die politische Karriere eines gewissen Jean-Marie Le Pen (*1928) ihren Ursprung findet. Auch er zog 1956 für die Poujadisten in die Assemblée ein, wenngleich deren Dynamik aus zwei Gründen nicht lange währte: Erstens wurde durch den Terror der gegen die Unabhängigkeit Algeriens kämpfenden Organisation Armée Secrète (OAS) die Opposition einer Mehrheit der Bevölkerung an der „Aufrechterhaltung des Empire“ verstärkt. Da jenes Bestreben das Kernstück rechtsradikaler Programmatik gewesen ist, trug der Terror der OAS zur weitgehenden Diskreditierung des Poujadismus und der radikalen Rechten Frankreichs insgesamt bei.

Zweitens aber, und das mit weitreichenden Folgen, zog Charles De Gaulle große Teile des nationalistischen und konservativen Spektrums der nunmehr Fünften Republik an sich. In Opposition zu De Gaulle stehende, rechtsradikale Bewegungen wurden auf diese Weise zu unbedeutenden Strömungen. Formationen wie das in den 60er Jahren gegründete und aus Anhängern Philippe Pétains bestehende Cevre Française kamen nicht über den Status kleiner Splittergruppen hinaus. De Gaulle war eine derart dominante Figur, dass sich Rechtsradikalismus abseits des Gaullismus nur ohne ihn politisch gestalten ließ. Folgerichtig bot sich erst durch De Gaulles Rücktritt im April 1969 der radikalen Rechten die Chance einer Rehabilitation.

Ab 1969 stellte die von rechtsradikalen Intellektuellen initiierte Groupe de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne (GRECE) Überlegungen an, wie die radikale Rechte programmatisch, vor allem aber bewegungspolitisch redynamisiert werden könne.

Das Ziel bestand aus einer Annäherung der faschistischen Organisation Ordre Nouveau mit dem Poujadismus und den Bewegungen für die Verteidigung des „französischen Algeriens“. Zum Vorbild einer solchen Einheitspolitik diente der Movimento Sociale Italiano (MSI) Giorgio Almirantes, ein Zusammenschluss verschiedener neofaschistischer Bewegungen, Royalist_innen sowie unabhängiger Rechten. Hieraus erwuchs nun auch der Begriff des „front national“

Anzeige

Phase 2

Zeitschrift gegen
die Realität

www.phase-zwei.org

Einzelpreis: 5€

Abonnement: 22€ für fünf Ausgaben

Abonnements können auf <http://www.phase-zwei.org/abo/> abgeschlossen werden, dort finden sich auch die Abopremien, oder per Mail an: abo@phase-zwei.org

im Sinne einer Strategie, die als wahltaktische Etappe auf dem Weg zu einer nationalistischen Volksrevolution konzipiert war. Der MSI dient dem FN als direkter Bezugspunkt. So übernahm der FN auch das Logo des MSI, welches aus einer Flamme in den Farben der Nationalflagge Italiens besteht. Nur, dass das Symbol der FN in den Farben der französischen Trikolore ist.

Am 5. Oktober 1972 wurde schließlich der Front National pour l'Unité française – vereinfacht FN – gegründet und Jean-Marie Le Pen zu dessen Präsidenten gewählt, der er in den folgenden Jahren unangefochten bleiben würde. Gründe für die Wahl Le Pens waren neben seiner aktivistischen Vergangenheit, vor allem seine Erfahrungen als Abgeordneter und als Wahlkampfleiter des parteilosen Jean-Louis Tixier-Vignancours während der Präsidentschaftswahl 1965.²

Der FN unter Jean-Marie Le Pen

In den Jahren nach ihrer Gründung diente, neben einer Aufkündigung der 1962 mit der ehemaligen Kolonie Algerien geschlossenen „Verträge von Evian“, vor allem der Antikommunismus als doktrinärer Bezugspunkt der Partei, was im Kontext des Kalten Krieges wenig originell war. Als der FN aber gegen die als Loi Veil bekannte und als „genocide des enfants francaises“³ gebrandmarkte Legalisierung der Abtreibung 1975 eine große Kampagne startete, brachte ihm dies das Wohlwollen und teilweise die Unterstützung ultrakonservativer katholischer Milieus ein.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und des Anstiegens der Arbeitslosigkeit, machte der FN schließlich ab 1978 Migrant_innen als Ursache allen Übels der französischen Gesellschaft aus. Infolge von Befreiungskriegen und dem Prozess der Dekolonialisierung verstärkte sich die Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien. Insbesondere der Algerienkrieg und die darauf folgende Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 führte zu einer umfangreichen Einwanderungswelle der als *pieds-noirs*⁴ bezeichneten Migrant_innen nach Frankreich.

Der in Bezug auf die Ablehnung von Migrant_innen radikale und unüberhörbare Diskurs, der sich in Wahlparolen wie „un million de chômeurs, c'est un million d'immigrés en trop“⁵ niederschlug, führte zu einem Alleinstellungsmerkmal der Partei. Die Neuartigkeit bestand darin, dass Einwanderung fortan thematisch stets in einen unmittelbaren Zusammenhang mit innerer Sicherheit und Arbeitslosigkeit gestellt wurde.

Das Anprangern eines „antifranzösischen Rassismus“, dessen Opfer verarmte Einheimische seien und die zahlreichen Provokationen, durch die Jean-Marie Le Pen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen verstand⁶, taten ihr übriges und führten dazu, dass der FN zum Hauptbezugspunkt sogenannter Protestwähler_innen wurde und diesbezüglich den Parti Communiste ablöste. Das Ausmaß stumpfer Ressentiments, vor allem aber die Radikalität des FN und seines Vorsitzenden, die sich hier offenbarte, suchte in der französischen Parteienlandschaft ihresgleichen.

Parlamentarische Erfolge

Interessanterweise manifestierte sich dieser Popularitätsschub jedoch (noch) nicht in den Wahlstatistiken. Bis Mitte der 80er Jahre kam der FN weder bei den Präsidentschafts- noch bei den Parlamentswahlen über zwei Prozent der Wähler_innenstimmen hinaus.⁷ Das änderte sich zusehends. Bei den Europawahlen im Jahr 1984 erhielt die Partei erstmals 11,2 % der Wähler_innenstimmen, ein Erfolg der durch knapp 10 % bei den Parlamentswahlen zwei Jahre später bestätigt

wurde. Seither konnte der FN durchgehend zwischen 10 und 15 % der Stimmen für sich verbuchen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges ersetzte die Europäische Union den Kommunismus als die in den Augen des FN größte Gefahr für die nationale Unabhängigkeit Frankreichs auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene.

Wo staatliche Eingriffe in den 70er Jahren noch als „contraires aux lois d'un ordre naturel“⁸ gegeißelt wurden, verurteilte der FN von nun an einen ökonomischen Ultraliberalismus, dem er mit einem starken Staat gegenüberzutreten wollte. Die Verteidigung nationaler Werte gegen den als Bedrohung ausgemachten Multikulturalismus und einer „Globalisierung unter imperialistisch amerikanischer Hegemonie“⁹ stellt seit Anfang der 90er die Linie dar, an welcher der FN seine Politik orientiert. Und damit ist er auch erfolgreich. Vorsitzender Le Pen gewann bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1995 15,3 %, seine Mitstreiter_innen bei den Parlamentswahlen zwei Jahre darauf etwa genauso viel.¹⁰

Den Höhepunkt des Erfolges unter Jean-Marie Le Pen feierte die Partei im April 2002, als Le Pen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen einzog. In der ersten Runde erhielt er 4,8 Millionen, mithin 16,86 % aller abgegebenen Stimmen und landete somit an zweiter Stelle hinter Jacques Chirac (UMP - 19,88) aber vor Lionel Jospin (PS - 16,18). Obgleich Le Pen in der darauffolgenden Stichwahl mit rund 17 % seinem Kontrahenten Chirac, der 83 % erreichte, deutlich unterlag, hinterließ der FN doch einen bleibenden Eindruck: Nie zuvor gelang es einem Kandidaten der radikalen Rechten überhaupt in die Stichwahl zu gelangen.

Normalisation: Der FN im Wandel unter Marine Le Pen?

Im Jahr 2011 trat Marine Le Pen (*1968) die Nachfolge ihres Vaters an der Parteispitze an. Was blieb, war eine Partei, die über eine robuste Basis verfügte, seit Mitte der 80er Jahre stabil über zehn Prozent der Wähler_innenstimmen erhalten hatte und Anfang der 2000er kurzzeitig enorm erfolgreich war. Indes eilte dem FN seit jeher sein Ruf einer rechtsradikalen Partei voraus, die – ein in diesem Kontext besonders gewichtiges Attribut – konträr zu den republikanischen Werten der Nation stehe. Nicht umsonst wird als *front*

¹ Der Artikel entstand während des Auslandsaufenthaltes in Paris im Frühjahr 2016. Vor dem Hintergrund der politischen Situation zu diesem Zeitpunkt ist der Artikel zu verstehen.

² Sylvain Crépon, *Enquête au coeur du nouveau Front National*, 2012, 34 f.

³ „Genozid an französischen Kindern“.

⁴ Wörtlich übersetzt „Schwarzfüße“. Dieser Begriff bezeichnet seit den 1950er Jahren französische Siedler, welche sich im seit 1830 kolonisierten Algerien niederließen.

⁵ „Eine Million Arbeitslose sind eine Million Immigranten zu viel“.

⁶ So zum Beispiel die Äußerung im Jahre 1987: „[...] les chambres à gaz, point de détail de l'histoire de la seconde guerre mondiale [...]“ („Die Gaskammern sind ein unwesentliches Detail des Zweiten Weltkrieges“).

⁷ John W. P. Veugelers, *Right-Wing Extremism in Contemporary France*, in: *The Sociological Quarterly*, Winter 2000, 22.

⁸ „Den Gesetzen einer natürlichen Ordnung entgegengesetzt“.

⁹ vgl. Sylvain Crépon, *Enquête au coeur du nouveau Front national*, 2012, 49.

¹⁰ John W. P. Veugelers, *Right-Wing Extremism in Contemporary France*, in: *The Sociological Quarterly*, Winter 2000, 22.

républicain jene Strategie bezeichnet, die eine Art Wahlallianz aus bürgerlichen Rechten und Linken gegen den als in Opposition zum republikanischen Regime wahrgenommenen FN propagiert. Diese Strategie ließ sich bei den Regionalwahlen im Dezember 2015 schön beobachten: Nachdem in der ersten Runde der FN in sechs der 13 Regionen deutlich vorne gelegen hat, ging er in der entscheidenden zweiten Runde gänzlich leer aus, was neben einer höheren Wahlbeteiligung vor allem daran lag, dass der PS chancenlose Kandidaten nach der ersten Runde zugunsten der Konservativen zurückgezogen hatte. Noch am Freitag vor der Wahl hatte Premierminister Valls davor gewarnt, dass ein Erfolg des FN einen Bürgerkrieg zur Folge haben könnte, der nur durch einen Rückgriff auf die „Republik und ihre Werte“¹¹ verhindert werden könne.

Und hier setzt Le Pens Erneuerungsbestreben an. Sie möchte ihrer Partei eine breite, republikanische Legitimation ermöglichen um sich als Alternative zum System - gemeint ist das System der Parteien PS und Les Républicains - innerhalb der sakralen Hallen des Republikanismus anzubieten. Die bisher durch Jean-Marie Le Pen erreichte Stellung der Partei nicht bloß zu konservieren sondern auszubauen - letztendlich also den Präsidenten der Republik stellen zu können - ist das proklamierte politische Projekt des FN unter Marine Le Pen. Während ihr Vater den FN also in der Position einer radikalen Oppositionspartei eingerichtet hatte, setzt Marine Le Pen alles daran Präsidentin zu werden - und diesem Vorhaben stellen sich PS und Les Républicains unter Anwendung des Vorwurfs entgegen, der FN stehe konträr zur Republik.

Diese Entstellung vor Augen bedeutet die als Entdiabolisierung (dédiabolisation) oder Normalisierung (normalisation) bekannte Strategie, vergangenen Kontroversen, wie der Verstrickung ihrer Mitglieder in die Kollaboration mit Nazideutschland, Holocaustleugnungen und katholischem Fundamentalismus ein Ende zu setzen. Das diabolische Antlitz soll durch ein freundliches, weniger schockierendes, kurz: republikanisches ersetzt, die Partei aus der Wahrnehmung als Partei des rechten Randes herausgeholt und für die breite Gesellschaft zugänglich gemacht werden.

Als ein passendes Beispiel hierfür dienen Referenzen an den Zweiten Weltkrieg. Während ihr Vater die Gaskammern noch als „détail de l'histoire“ relativierte und mit antisemitischen Äußerungen

nur so um sich warf, bezeichnet Marine Le Pen Nationalsozialismus und Holocaust als „Gipfel der Barbarei“ und verurteilt die aktuellen antisemitischen Übergriffe in Frankreich.¹¹ Der Parteiausschluss des Parteigründers Le Pen, ein heftiger Kritiker der Normalisation, im August letzten Jahres steht ebenfalls paradigmatisch für diesen Richtungswechsel.

Darüber hinaus sucht Marine Le Pen gezielt den Kontakt zu Gemeinschaften, die traditionellerweise nicht mit dem FN in Verbindung stehen. So engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund im FN, die sich als französische Patriot_innen begreifen, die Werte Frankreichs verteidigen möchten und die in der in ihren Augen mangelnden Assimilation von Migrant_innen eine Gefahr für die innere Sicherheit sehen.

Und diese Strategie trägt offensichtlich Früchte: Bei der Europawahl 2014 war der FN mit knapp 25 % erstmals stärkste Kraft der französischen Parteienlandschaft.

Das Programm des FN: Zurück zur Grande Nation

In Ansehung dieser Normalisation stellt sich die Frage, wie der FN denn nun tatsächlich Frankreich zu gestalten denkt. Hier hilft ein Blick in das Parteiprogramm „Notre Projet“, auf welches sich im Folgenden bezogen wird. Diese Frage kann aber nicht davon getrennt werden, welche Prämissen der Programmatik des FN zugrunde liegen und inwiefern sich hier Konzepte des FN mit den Konzepten anderer Parteien überschneiden.

Zunächst konstatiert der FN, dass Frankreichs Ansehen und Einfluss in der Welt schwinden. So sei das Land „total entwaflnet nach dreißig Jahren Untätigkeit und Zurückweichen vor der Globalisierung“. Geschwächt sei das Land durch eine Verteidigungspolitik, die den internationalen Ambitionen Frankreichs nicht gerecht werde; durch die Dezentralisierung, welche als zu teuer beklagt wird; durch den Kommunitarismus, der den nationalen Zusammenhalt gefährde und nicht zuletzt durch eine „immer sichtbarere Islamisierung“ der französischen Gesellschaft. Insgesamt sei der Umgang der Etablierten im Hinblick auf innere Sicherheit und Einwanderung zu lasch, was immense Kosten für die Collectivité Nationale verursache.

Der Politik „aller Regierungen, die zur Herabstufung Frankreichs in der Welt beigetragen haben“ stellt der FN ein Programm

Anzeige



iz3w ◀

Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem: EU gegen Geflüchtete |
Debatte um Wachstumskritik |
Gedenken an »Trostfrauen«

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

gegenüber, das die Interessen der „kleinen Leute“ gegen das Finanzsystem und einem Ultraliberalismus – dem die etablierten Parteien, so die Kritik des FN, sich anbiederten – zu verteidigen verkündet. Bei jenen „kleinen Leuten“ handele es sich um „die Unsichtbaren“ und „die Vergessenen“ der Globalisierung: Bauern, Arbeitslose, Arbeiter_innen, Rentner_innen und Bewohner_innen der ländlichen Gegenden. Zum Schutze dieser Teile der französischen Gesellschaft befürwortet der FN ein Modèle Économique Patriotique und einen „protectionnisme raisonné“¹³, der zu einem Aufschwung der Beschäftigung, der Kaufkraft und des Wachstums führen soll.

Mit dem Protektionismus als wirtschaftspolitische Weichenstellung unterscheidet sich der FN freilich von seinen Hauptkonkurrenten. Die Ziele, die er damit verfolgt, sind allerdings identisch mit jenen, die Präsident Francois Hollande zur Begründung jeglicher wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen anführt: Frankreich dazu zu verhelfen, seinen Platz als mächtigen weltpolitischen Akteur zu festigen.

Gleiches gilt für den Umgang mit der Europäischen Union: Der FN verurteilt die EU, deren Politik durch Grenzöffnungen „Standortverlagerungen, Arbeitslosigkeit, Diktatur der Märkte, Zerstörung des öffentlichen Diensts, Armut und massive Immigration“ zur Folge habe und durch ein „demokratisches Defizit“ nicht nur „ohne die Völker“ sondern gar „gegen die Völker“ arbeite, während PS und Les Républicains in der europäischen Integration ein bedeutendes Mittel sehen, das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Die Radikalität des FN äußert sich hier vor dem Hintergrund der Wahrung einer französischen Identität gegen äußere und innere, „das Französische zersetzende“ Einflüsse. Zu den äußeren Einflüssen werden Zuwanderung, „amerikanischer Kulturimperialismus“ oder „Diktate aus Brüssel“ gezählt, zu den inneren Kommunitarismus oder föderalistische Elemente.

Die Prämisse jedweder Bewertung der EU, ist bei den „Etablierten“ jedoch die gleiche wie beim FN: Man teilt das gemeinsame nationale - „republikanische“ - Anliegen, Frankreichs Rang als einen der mächtigsten weltpolitischen Akteure zu festigen bzw. wiederzuerlangen um Frankreich größere internationale Geltung zu verschaffen. Darüber, wie das Land zu dieser Stellung komme, vertreten die einzelnen Parteien verschiedene Ansichten: Für die einen ist dazu eine relativ liberale, einigermaßen diversifizierte Gesellschaft vonnöten. Der FN erachtet hierfür Ordnung und Disziplin als unerlässlich, die er durch eine „politique de tolérance zéro“ durchsetzen möchte.

Der Vorwurf des Antirepublikanismus

Seitens der politischen Konkurrenz erschöpft sich die Kritik am FN meistens in der Feststellung, dass es sich um eine rechtsradikale, antirepublikanische Partei handelt. Das zeigt sich anhand der Versuche des ehemaligen Premierminister Valls dem FN den Anschluss an die republikanischen Werte streitig zu machen; regelmäßig wirft dieser dem FN vor, weder Republik noch Frankreich zu sein. So formt Valls das Label Republikanismus mit eigenem Inhalt, wonach Pluralismus, ethnische und sexuelle Vielfalt, offene Grenzen (mit Einschränkungen) und europäische Anbindung das Wesen der Republik ausmachen.¹⁴ Die Programmatik des FN wird auf diese Weise als Negation des französischen Republikanismus kritisiert und so in fast redundanter Weise als politische Waffe gegen den FN instrumentalisiert.

Ausgangspunkt von Valls Kritik ist also die Empfindung einer Zustimmung der Bürger_innen zu einer Republik, wie er sie verstanden wissen will und die er präventiv als den Stolz des „peuple qui

parle au monde“¹⁵ bezeichnet¹⁶. Umgekehrt versucht Marine Le Pen - und das trifft den Kern des Problems - davon zu überzeugen, dass es um Größe und Stolz der Grande Nation eben schlecht stehe, die gängigen politischen Weichenstellungen und „republikanischen“ Werte mithin nicht zu deren Aufstieg geeignet seien. Ob der Erfolg des FN durch eine Kritik, wie sie Valls formuliert, eingeschränkt werden kann, ist insoweit zu bezweifeln, als sich der Erfolg des FN programmatisch ja gerade aus einem Republikanismus der etablierten Gangart und „den Verhältnissen“- einer als missraten empfundenen Politik der etablierten Parteien - speist. Außerdem läuft ebendiese Kritik von dem Moment an ins Leere, ab dem Le Pen es gänzlich schafft, das Label Republikanismus selbst zu besetzen und die Deutungshoheit darüber zu gewinnen. Dann nämlich verkommt letzteres wirklich zur inhaltslosen Hülle.

Monothematische Auseinandersetzung

Tatsächlich unterscheiden sich der FN und der Rest der Parteienlandschaft, in den Vorstellungen darüber, was Frankreich benötigt, um stark und erfolgreich zu sein. Dabei teilen die bis dato regierenden Parteien einen Wertekonsens, die sie zur Staatsräson, d.h. zur Legitimationsgrundlage ihres staatlichen Handelns erheben. Diese Staatsräson äußert sich vor allem in der europäischen Integration. Der FN tritt nun mit dem Anspruch an, genau diese Staatsräson, in welcher er eine der Wurzeln der französischen Misere ausmacht, in Frage zu stellen. Im Streit darum, was die wahre Republik ausmacht, scheint die Regierung vorerst das letzte Wort zu haben, da diese über die Mittel verfügt, ihre Vorstellung davon gewaltsam durchzusetzen. Dies scheidet den FN endgültig von jenen, die die Definitionshoheit über den Inhalt des Republikanismus für sich beanspruchen und diese qua Amtes auch besitzen.

Dass der FN nun ausgerechnet mit den Berufungstiteln der herrschenden Politik (Volk, Nation, vor allem aber: Republikanismus) gegen diese antritt, ist ihr unerträglich. Die Auseinandersetzung zwischen FN und Kontrahent_innen um Inhalt und Bedeutung dieses Republikanismus führt so zu einer monothematischen Auseinandersetzung zwischen Befürworter_innen des Nationalstaats. In diesem Streit sind der positiven Bezug zum Nationalstaat und dessen Gedeihen unstreitbare Voraussetzung. Lediglich die Wahl der Mittel bietet Streitpunkte. Ein Trauerspiel.

Nathan Weis macht zurzeit einen Master der Gesellschaftstheorie in Jena.

Thilo Herbert studiert Jura in Frankfurt. Er ist dort im akj aktiv. Beide haben längere Zeit in Frankreich studiert.

¹¹ http://www.lemonde.fr/elections-regionales-2015/video/2015/12/11/pour-valls-le-fn-peut-conduire-a-laguerre-civile_4829710_4640869.html (Stand: 9.2.2016).

¹² Michel Wieviorka: *Le Front national, entre extrémisme, populisme et démocratie*, Editions de la Maison des sciences de l'homme, 2013, 47 f.

¹³ „Vernünftiger Protektionismus“.

¹⁴ Manuel Valls, *Discours à l'Assemblée nationale, réaction à Marion Maréchal Le Pen*, 10.03.2015.

¹⁵ „Das Volk, das zur Welt spricht.“

¹⁶ Manuel Valls, *Discours à l'Assemblée nationale après le 2e tour des élections régionales*, 13.12.2015.